Warum verweigern?

Interview mit Thomas Carl Schwoerer, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) – 23. November 2025

Die Bundesregierung diskutiert aktuell über eine mögliche Rückkehr der Wehrpflicht. Wie steht die DFG-VK grundsätzlich zu dieser Idee?

Thomas Carl Schwoerer

Mit der geplanten Zwangserfassung und Zwangsmusterung wird in die individuelle Freiheit und Selbstbestimmung eines jeden Einzelnen in unverhältnismäßiger Weise eingegriffen. Die Musterung ist eine entwürdigende Prozedur.
Rufen zum zivilen Ungehorsam dagegen auf und unterstützen die Schulstreiks am 5. Dezember. Der erste Bundeswehr-Brief, der bei einem eingeht, kann unvollständig oder gar nicht abgegeben werden – auch das öffentlichkeitswirksame Schreddern des Briefs aus Protest ist möglich.
Die DFG-VK ruft darüber hinaus zur Kriegsdienstverweigerung auf. Wer rechtzeitig den KDV-Antrag stellt, muss keinen Dienst leisten. Die DFG-VK bietet dazu kostenlose Informationen und Beratungen an unter www.verweigern.info
Denn viele junge Menschen wollen nicht zum Töten ausgebildet werden beim Militär. Sie wollen sich auch nicht Befehl und Gehorsam unterwerfen. Darauf setzt nämlich das Militär, und auf Gewalt. Es ist passender, von Kriegsdienst zu sprechen, denn dies beschreibt die Rolle der Soldaten genauer als Wehrpflicht.
Außerdem ist es problematisch, dass alte Männer und Frauen junge Menschen in den Kriegsdienst beordern, zu dem sie selbst aus guten Gründen nicht bereit sind.

Warum wurde die Wehrpflicht Ihrer Meinung nach ursprünglich abgeschafft – und hat sich an diesen Gründen heute etwas geändert?

Sie wurde nicht abgeschafft, sondern kann jederzeit per Gesetz reaktiviert werden. Sie wurde ausgesetzt aufgrund der vielen Proteste gegen die Gewissensinquisition für Kriegsdienstverweigerer. Und aufgrund von Wehrungerechtigkeit, da es zu viele Wehrpflichtige für eine kleiner gewordene Bundeswehr gab. Zudem verlangten die Auslandseinsätze der Bundeswehr vor allem in Afghanistan eine andere Struktur als eine Massenarmee. Diese letzten beiden Gründe haben sich geändert, ohne dass das die Reaktivierung der Kriegsdienstpflicht rechtfertigen würde.

Was würde eine Wiedereinführung der Wehrpflicht aus Sicht der Friedensbewegung bedeuten?

Die Kriegsdienstpflicht ist Teil des massiven Hochrüstungskurses, den die Bundesregierung betreibt mit dem Ziel, die stärkste Armee in Europa zu haben und an dritte Stelle weltweit zu rücken. Sie plant alleine in den USA Anschaffungen von 377 Mrd. Euro. Am gefährlichsten sind die geplanten Mittelstreckenwaffen, weil sie Ziele weit in Russland treffen und einen russischen Gegen- oder Präventivangriff auslösen können.

Die massive Verschuldung gefährdet unsere Zukunft, vor allem die der Jugend. Apropos Zukunft: Gerade junge Menschen sollten sich entscheiden, ob sie eine Bundeswehr unterstützen wollen, die zu den Hauptverursachern der Klimakatastrophe gehört. Ein Leopard 2 Kampfpanzer verbraucht auf 100 km so viel Diesel wie 80 Kleinwagen. Und ein Tornado-Kampfjet verbraucht in einer Flugstunde so viel wie 93.000 Kleinwagen auf 100 km.

Befürworter sagen, eine Wehrpflicht stärke die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Wie bewerten Sie dieses Argument?

Diese Befürworter argumentieren, sie wollen nur abschrecken, gerade damit sie nicht in einen Krieg geraten. Wer aber glaubwürdig abschreckt, muss bereit sein, einen Krieg zu führen, der höchst-wahrscheinlich Deutschland aufgrund seiner Mittellage zerstören würde.
In der Ukraine sehen wir, dass der Aufrüstungs- und Kriegskurs seit bald vier Jahren nicht zum Ziel führt, sondern Hunderttausende Leben kostet. Die Aufrüstung der Bundeswehr und der Ukraine in den Jahren vor dem Ukraine-Krieg hat den Angriff Russlands nicht verhindert – warum sollte weitere Aufrüstung abschrecken? Zudem geben die Nato-Staaten auch ohne die USA schon heute mehr als Russland für Rüstung aus. Außerdem ist die Behauptung, Russland könnte einen NATO-Staat bis 2029 angreifen, nicht belegt. Nach einem Bericht der Zeit beruht sie auf einer geheimen Nato-Studie, die niemand hierzulande lesen durfte. Sie dient nur der Erzeugung von Kriegsbereitschaft.
Es gilt, die Anwendung militärischer Gewalt zu vermeiden, denn diese hat in den letzten Jahrzehnten nicht einmal eine politische Lösung herbeigeführt. Carl Friedrich von Weizsäcker dürfte sich in seiner Aussage zur Gewaltspirale bestätigt fühlen, auf die ich mich bei meiner KDV bezogen habe: „Man kann zwar Gewalt durch Gewalt eindämmen, man wird aber immer die Folgen zu tragen haben, dass man sich dem Prinzip, das man bekämpfte, unterworfen hat...Die Meinung..., man könne gewissermaßen zum letzten Mal Gewalt anwenden und – weil die Gewalt für das Gute ausgeübt wird – danach werde dann das Gute herrschen und nicht die Gewalt, ist einer der gefährlichsten Irrtümer und eine der Hauptquellen mörderischer Kriege.“

Schulstreik am 5. Dezember 2025 in Berlin – insgesamt gingen an dem Tag etwa 55.000 Menschen in knapp einhundert Orten gegen den neuen Wehrdienst auf die Straßen.

Wie kann Sicherheit Ihrer Meinung nach auch ohne militärische Mittel gewährleistet werden?

Durch die Einhaltung des Völkerrechts, also Respekt für die Stärke des Rechts statt des Rechts des Stärkeren. Durch diplomatische Initiativen. Die EU und die Bundesregierung haben zum Ukraine-Krieg weder diplomatische Initiativen anderer Staaten unterstützt noch eigene eingebracht. Notwendig wären auch Verhandlungen mit dem Ziel des gegenseitigen Verzichts auf die Stationierung von Mittelstreckenwaffen sowohl in Deutschland als auch in Belarus und Russland, statt sie einfach zu stationieren.
Verhandlungen für Waffenstillstände und politische Lösungen nach den erfolgreichen Vorbildern Kolumbiens und Nordirlands sind alternativlos. Nur Verhandlungen, Abrüstung und das Verbot von Rüstungsexporten schaffen Sicherheit und verhindern Kriege.
Als Rückversicherung sollte eine soziale Verteidigung bei uns eingeführt werden. Sie setzt eine gute Ausbildung voraus, die eine deutlich effektivere und kostengünstigere Alternative als das Hochrüstungsprogramm der Bundesregierung wäre. Soziale Verteidigung ist gewaltfreier Widerstand, der eine Gesellschaft wirksam gegen einen militärischen Überfall von außen, aber auch gegen einen gewaltsamen rechtsextremen Staatsstreich von innen schützt. Es geht um eine Verteidigung nicht der Grenzen und des Territoriums, sondern unserer Lebensweise, Freiheit und Institutionen gegen die Absicht des Gegners, die Herrschaft im Lande zu übernehmen. Der Grundgedanke dabei ist, dass ein militärischer Besatzer die Mitarbeit der Bevölkerung braucht, um seine Besatzung aufrechterhalten zu können. Wenn niemand die Anweisungen der Besatzungssoldat*innen befolgt, niemand die Rohstoffe abbaut oder die Infrastruktur saniert, kein*e Lehrer*in die neuen Curricula umsetzt, dann mag der Angreifer zwar überall seine Truppen oder andere Sicherheitskräfte stehen haben, aber seine Ziele erreicht er vermutlich nicht.

Welche Alternativen zur militärischen Wehrpflicht sieht die DFG-VK – zum Beispiel einen sozialen oder ökologischen Pflichtdienst?

Kein Zwang. Ausbau der Freiwilligendienste.

Was würde eine Rückkehr zur Wehrpflicht gesellschaftlich bewirken – besonders für junge Menschen?

Junge Menschen haben schon in der Coronakrise zurückgesteckt und werden an den massiven Folgen der Klimakatastrophe leiden. Jetzt wird ihnen auch die enorme Schuldenlast für die immense Hochrüstung und die Rente aufgebürdet und schlussendlich sollen sie in den Krieg ziehen. Dass sie das als ungerecht empfinden, liegt auf der Hand.

Sehen Sie die Gefahr, dass Zwangsdienste Spannungen in der Gesellschaft eher verstärken statt Gemeinschaft zu fördern?

Die Spannungen werden verstärkt durch dieses Gefühl der Ungerechtigkeit und den eingangs erwähnten unverhältnismäßigen Eingriff in die individuelle Freiheit und Selbstbestimmung eines jeden Einzelnen.

Welche Rolle spielt Aufklärung und Friedenserziehung, um junge Menschen für gewaltfreie Konfliktlösungen zu sensibilisieren?

Eine große. Wir sind gerne bereit, in Schulen zu gehen, um unser Fachwissen in Diskussionen einzubringen.

Welche Signale sendet die aktuelle Wehrpflicht-Debatte Ihrer Meinung nach an die internationale Gemeinschaft?

Leider findet diese Debatte in vielen Ländern statt. Dass wir in einem wichtigen Land wie Deutschland darüber diskutieren müssen, trägt zum Eindruck internationaler Konfrontation und Eskalation statt Deeskalation bei. Zum Glück gibt es außereuropäische Staaten, die sich für einen Abbau der Konfrontation einsetzen.

Gibt es aus Ihrer Sicht eine Gefahr, dass Deutschland sich wieder stärker militarisiert?

Ja, dieser Prozess findet bereits statt. Hochgradig präsent sind Militäruniformen in der Bahn und Jugendoffiziere an den Schulen. Der unausgewogene Diskurs in den Leitmedien trägt das Seine dazu bei. Und wenn die Rüstungskapazitäten erst aufgebaut sind, werden die Arbeitsplatz-Zwänge zunehmen, sie weiterhin auszulasten. Das nennt man die Macht des Militär-Industriellen Komplexes.

Wie würden Sie Menschen entgegnen, die sagen: „In der heutigen Zeit braucht man wieder eine Armee“?

Ich setze dem die soziale Verteidigung entgegen, flankiert durch die Einhaltung des Völkerrechts, Verhandlungen, Abrüstung und das Verbot von Rüstungsexporten.

Was wäre Ihrer Meinung nach ein realistischer, friedensfördernder Weg für Deutschland in den nächsten Jahren?

Die diplomatischen Initiativen anderer Staaten zu unterstützen und eigene einzubringen für einen Waffenstillstand und nachhaltigen Frieden in der Ukraine, damit das Töten dort endlich aufhört. Verhandlungen mit dem Ziel des gegenseitigen Verzichts auf die Stationierung von Mittelstreckenwaffen sowohl in Deutschland als auch in Belarus und Russland.
Einen konstruktiven Beitrag zu Verhandlungen für Waffenstillstände und politischen Lösungen auch in anderen Kriegen dieser Welt, zum Beispiel Druck auf die Vereinigten Emirate und andere, keine Waffen in den Sudan zu exportieren, ohne die der mörderische Krieg dort nicht möglich wäre.